

CDU fühlt sich von Kämmerer getäuscht

Haushaltsentwicklung hätte schon vor der Wahl klar sein müssen

Von Sebastian Smulka

UNNA ▪ Die überraschend verhängte Haushaltssperre ist für die CDU Anlass für einen schwerwiegenden Vorwurf: Die SPD-nahe Verwaltung könnte erste Signale einer Verschlechterung aus wahltaktischen Gründen unter Verschluss gehalten haben.

Während die SPD mit Versprechen wie dem Neubau der Fußgängerzone in den Wahlkampf gezogen war, hatte sich die CDU als Partei der Haushaltssanierung positioniert, ohne sich damit gegenüber der Kommunalwahl 2009 deutlich verbessern zu können. Nun sieht sich CDU-Fraktionssprecher Rudolf Fröhlich bestätigt: Wer dem Bürger noch vor der Wahl vollmundige Versprechen gemacht habe, werde nun von der Wirklichkeit eingeholt. Vorwürfe macht Fröhlich aber auch der Stadtverwaltung: „Die CDU-Fraktion hält es für unwahrscheinlich, dass die Profis der Verwaltung nicht auch schon damals wussten, wie knapp auf Kante die Finanzen der Kommune genäht sind. Man hat seitens der Verwaltung aber leider darauf verzichtet, dies auch rechtzeitig öffentlich zu machen“, so Fröhlich in einer

schriftlichen Stellungnahme.

Dieser Vorwurf der CDU wiegt schwer und könnte Konsequenzen haben, wenn er sich bewahrheitet. In Dortmund musste die Kommunalwahl 2009 wiederholt werden, weil der scheidende Oberbürgermeister Gerhard Langemeyer eine deutliche Verschärfung der Haushaltslage erst mit der verspäteten Verhängung einer Haushaltssperre am Tag nach der Wahl bekannt gemacht hatte. Langemeyer und die damalige Kämmerin aus Dortmund mussten die Kosten des erneuten Wahlganges zum Teil aus ihrem Privatvermögen tragen.

Unnas Stadtverwaltung weist den Vorwurf einer verspäteten Information jedoch zurück. Bürgermeisterreferent Oliver Böer verweist darauf, dass Drucksachen zu den regelmäßigen Zwischenberichten von Kämmerer Karl-Gustav Mölle über das Online-Ratsinformationssystem sogar öffentlich verfügbar seien und diese Berichte dokumentieren. Selbstverständlich seien die Zahlen darin korrekt; erste Abweichungen von den Prognosewerten vom Jahresanfang seien darin erkennbar gewesen. Die aktuelle Verschärfung habe dann die Steuerschätzung vom Freitag vergangener Woche gebracht.